

Sperrgut: Gemeinden gehen vor Gericht

Nidwalden So schnell lassen sich die Gemeinden von der Regierung in Sachen Sperrgutabfuhr nicht in die Knie zwingen. Sie erwägen, den jüngsten Entscheid nötigenfalls gar gemeinsam bis vor Bundesgericht zu ziehen.

Markus von Rotz

markus.vonrotz@nidwaldnerzeitung.ch

Gestern war in Hergiswil Sperrgutabfuhr. Diese finde «ganz normal» statt, entgegen einer Mitteilung der Regierung, schrieb der Gemeinderat auf seiner Website. Am Dienstag fand eine Entsorgung auch in Stansstad statt. Künftig sollte das nach Vorstellungen der Nidwaldner Regierung aber in der aktuellen Form nicht mehr möglich sein.

«Der Regierungsrat untersagt die Fortführung von Sperrgutsammlungen zu Lasten der allgemeinen Grundgebühren», teilte er Ende Oktober statt (Ausgabe vom 29. Oktober). Es widerspreche dem Bundesrecht, dass in den sieben Gemeinden Beckenried, Buochs, Emmetten, Ennetbürgen, Hergiswil, Oberdorf und Stansstad jene, welche wenig Sperrgut verursachen, die Abfuhr für andere mit viel Sperrgut über Gebühren mitfinanzieren müssen.

ten. Die neue Regelung würde ab 20. November gelten – bis dann läuft eine Rechtsmittelfrist, innerhalb welcher die Gemeinden den Entscheid anfechten können.

Gefängnis für Gemeinderäte angedroht

Und das wollen sie auch tun, wie die Gemeindepräsidenten Remo Zberg (FDP, Hergiswil) und Beat Plüss (FDP, Stansstad) auf Anfrage erklären. «Wir betroffenen Gemeinden haben uns gemeinsamen einen Anwalt genommen. Nicht mit dabei ist Emmetten. Sie akzeptieren zwar den Entscheid nicht, wollen aber nicht weiterkämpfen», sagt Plüss. Denn der Entscheid der Regierung enthält dicke Post, die bisher nicht kommuniziert wurde. Zwar will keine Gemeinde diesen herausrücken, übereinstimmend wird aber gesagt, dass darin im Fall der Widerhandlung gegen den neusten Entscheid Strafen inklusive Gefängnis für involvierte Gemein-

deräte und -schreiber angekündigt werden. Zudem behalte sich die Regierung auch aufsichtsrechtliche Massnahmen gegen die Gemeinden vor.

Fachperson für öffentliches Recht soll helfen

«Wir sind von der Regierung aus zwei Gründen enttäuscht», wie Plüss sagt: «Zum einen mussten wir von ihrem Entscheid aus den Medien erfahren. Deswegen haben wir auch interveniert. Zum anderen sind wir der Meinung, dass das Bundesgesetz unsere Praxis der Sperrgutsentsorgung zulässt. Die Regierung interpretiert das Gesetz aus unserer Sicht falsch.» Darum mache man Gebrauch davon, den Entscheid anzufechten. «Der beigezogene Anwalt ist eine ausgewiesene Fachperson für öffentliches Recht», ergänzt Zberg. Beide Gemeindepräsidenten wollen aber ihr Pulver noch nicht verschliessen. Zberg begründet das so: «Wir

möchten vor Einreichung der Beschwerde nicht in die Details gehen, aber die betroffenen sechs Gemeinden interpretieren die bundesrechtlichen Vorschriften zum Umweltschutz anders als die Regierung. Wir sind absolut zuversichtlich, dass wir mit unseren Argumenten Erfolg haben.»

Bald ist der Ball beim Verwaltungsgericht

Die nächsthöhere Instanz ist das Verwaltungsgericht. Es könnte aber noch weiter gehen. Zberg ergänzt, man habe auch schon darüber gesprochen, bis vor Bundesgericht zu gehen. Das müsse man dann allerdings im konkreten Fall nochmals prüfen. Noch liege der Text ihres Anwalts nicht auf dem Tisch.

Zberg stellt sich auch auf den Standpunkt, «dass der überwiegende Teil der Bevölkerung das heutige System sehr schätzt. Das zeigte etwa eine Umfrage in Buochs, wo über 70 Prozent sich

dafür aussprachen, die zwei jährlichen Abfuhr in der bisherigen Form beizubehalten.» Die Umfrage wurde Ende 2016 gemacht.

Die vom Entscheid nicht betroffenen Gemeinden Ennetmoos, Dallenwil, Wolfenschiessen und Stans lösen das Problem mit Gebührenmarken. «Sperrgut kann, mit der nötigen Anzahl <Suibr>-Gebührenmarken beklebt, mit dem Hauskehricht bereitgestellt werden», steht etwa auf der Website von Dallenwil.

Sowohl Plüss wie auch Zberg beurteilen die Chancen für die gemeinsame Intervention als gut. Derweil sagt die zuständige, darauf angesprochene Regierungsrätin Karin Kayser: «Wir hatten seit 2013 immer wieder das Gespräch mit den Gemeinden und dem Kehrichtverwertungsverband Nidwalden gesucht und alles darangesetzt, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Leider haben die sieben Gemeinden jeden Vorschlag abgelehnt.»

Was bisher war

2011 beschloss das Bundesgericht, dass Siedlungsabfälle mit Lenkungsabgaben zu entsorgen sind, was zur Einführung der Sackgebühr in Nidwalden führte. 2013 wurde den Gemeinden und dem Kehrichtverwertungsverband mitgeteilt, dass eine Finanzierung der Sperrgutabfuhr über allgemeine Grundgebühren nicht verursachergerecht sei. 2015 forderte die Regierung den Verband auf, die Sperrgutsammlung neu zu regeln und verursachergerecht zu finanzieren. Sieben Gemeinden hielten am alten System fest. 2017 drohte der Kanton dann den Gemeinden aufsichtsrechtliche Mittel gegen die in seinen Augen rechtswidrige Entsorgung an. Das Angebot, die Frage von einem gemeinsamen Gutachter klären zu lassen, lehnten die Gemeinden schliesslich ab. (pd/mvr)

Maxon stärkt ihr Hauptquartier

Sachseln Nach zweijähriger Bauzeit hat die Maxon Motor AG gestern ihr neues Innovationszentrum eröffnet. Im Gebäude, das 30 Millionen gekostet hat, werden unter anderem die kleinsten Motoren der Firma entwickelt und hergestellt.

Philipp Unterschütz

philipp.unterschuetz@obwaldnerzeitung.ch

Die Reinnräume im neuen Innovationszentrum von Maxon in Sachseln wirken kühl-futuristisch. Mit viel Weiss und viel Glas strahlen sie nur schon optisch genau das aus, wofür sie auch gebaut wurden: grösstmögliche Sauberkeit. Im neuen Gebäude stehen Maxon künftig 1400 Quadratmeter für die Medizintechnik zur Verfügung, davon sind 200 Quadratmeter dank keim- und bakterienfreier biologischer Reinheit für die Produktion von implantierbaren Systemen geeignet. Gegenüber früher wird die Fläche verdreifacht. «In den Reinnräumen wird anfänglich etwa 10 Prozent von unserem gesamten Umsatz generiert und wir erwarten in diesem Segment jährliche Wachstumsraten im zweistelligen Prozentbereich», zeigt Maxon-CEO Eugen Elmiger die Wichtigkeit der neuen Räume auf. Darin werden künftig die kleinsten Motoren von Maxon produziert. Sie kommen in Insulinpumpen, Medikamentendosiersystemen oder Operationsrobotern zum Einsatz.

Eine Solaranlage auf dem Dach liefert Strom

Bei der offiziellen Eröffnungsfeier gestern durften die Räume, die mit verschiebbaren Wänden sich ändernden Produktionsbedürfnissen angepasst werden können, ein letztes Mal von Aussenstehenden betreten werden. Nun werden sie – wie der Rest des Gebäudes – Schritt für Schritt in Betrieb genommen werden, damit im Dezember die Produktion



Gäste bei der Eröffnung des neuen Gebäudes in den Reinnräumen.

Bild: Boris Bürgisser (Sachseln, 9. November 2018)

starten kann. 230 Gäste feierten mit Maxon den Meilenstein.

Das neue Innovationszentrum, dessen Bau im Februar 2017 begonnen hatte, besteht aus zwei Untergeschossen für Park- und Technischeinrichtungen, zwei Produktionsebenen und zwei Büroetagen. Eine Solaranlage auf dem Dach liefert jährlich bis zu 180 Megawattstunden Energie. Auffällig am Gebäude, das sich Maxon rund 30 Millionen Franken hat kosten lassen, sind auch die

Grossraumbüros in den oberen Etagen mit einem hierarchiellen Raumkonzept.

Dass Maxon, die unter anderem auch Betriebe in den USA oder Südkorea führt und weltweit rund 2600 Personen beschäftigt, in der «teuren» Schweiz investiert und konkurrenzfähig bleiben kann, hat laut CEO Elmiger verschiedene Gründe. «Wir finden hier genügend Spezialisten für Kleinmotoren, die sich das Arbeiten in derartigen Umgebungen ge-

wöhnt sind.» Das sei beispielsweise in Korea nicht der Fall. «Ausserdem gibt es hierzulande viele Firmen im medizinaltechnischen oder Hightech-Bereich, die wir als Zulieferer brauchen.» 70 Prozent der Lieferanten seien in Europa beheimatet. Eine gewisse Rolle spiele im medizinaltechnischen Bereich auch die Swissness – insbesondere bei Zertifizierungen. Schweizer Standards werden kaum angezweifelt. Wichtig sei zudem auch die politische Sicherheit

und die vorhandene Infrastruktur in der Heimat.

Politik soll für gute Rahmenbedingungen sorgen

Diesen Aspekt erwähnte auch Frau Landammann Maya Büchi, welche die Grüsse des Gesamtregierungsrates von Obwalden überbrachte. «Ich wünsche mir, dass die Politik weiterhin gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen kann.» Und die Investition in Sachseln zeige, dass

«Wir finden hier genügend Spezialisten für Kleinmotoren.»

Eugen Elmiger
CEO Maxon Motor AG

Maxon nicht nur im Herzen des Landes liegt. «Maxon trägt die Schweiz im Herzen.»

Wie CEO Eugen Elmiger auf Anfrage erwähnt, laufen die Geschäfte bestens. «Wir haben 2018 bereits einen Umsatz von einer halben Milliarde Franken erreicht.» Wenn es so weiterlaufe, gelange man auch mit dem neuen Gebäude in fünf bis zehn Jahren an Kapazitätsgrenzen in Sachseln.

Im Rahmen der Eröffnung wurde auch das Buch «Vom Erdkern zum Mars – Die Geschichte der Maxon Motor AG» (Ausgabe vom Donnerstag) präsentiert und gewürdigt. Autor Andreas Anderhalden beschreibt darin die Geschichte des Unternehmens, das unter anderem mit seinen Mars-Motoren Berühmtheit erlangte.

WWW.

Weitere Fotos unter obwaldnerzeitung.ch/bilder